



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Frühjahrssession 2017 • Achte Sitzung • 13.03.17 • 15h15 • 16.079
Conseil des Etats • Session de printemps 2017 • Huitième séance • 13.03.17 • 15h15 • 16.079



16.079

Schweizer Beteiligung an der KFOR. Verlängerung des Swisscoy-Einsatzes

Participation de la Suisse à la KFOR. Prolongation de l'engagement de la Swisscoy

Erstrat – Premier Conseil

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 13.03.17 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

Baumann Isidor (C, UR), für die Kommission: Mit der uns vorliegenden Botschaft beantragt der Bundesrat, die Schweizer Beteiligung an der multinationalen Kosovo Force (KFOR) bis zum 31. Dezember 2020 zu verlängern. Der Bundesrat vertritt die Ansicht, dass Kosovo fast zwei Jahrzehnte nach Beginn des militärischen Eingreifens der KFOR und bald ein Jahrzehnt nach der Unabhängigkeitserklärung nach wie vor auf Unterstützung beim Aufbau des Rechtsstaates und bei der Bewältigung staatlicher Aufgaben angewiesen ist. Zwar hat der Aufbau staatlicher Sicherheitsinstitutionen in Kosovo einige Fortschritte gemacht. Trotzdem steht Kosovo in diesem Bereich noch vor grossen Herausforderungen. Dies gilt sowohl für die Polizei als auch für die Streitkräfte. Bei beiden sind es in erster Linie Defizite in der Integration der Minderheiten und in der Loyalität der Minderheiten zu den gewählten Behörden, welche die Entwicklung hemmen.

Die Aufgabe der KFOR, ein sicheres Umfeld zu gewährleisten, kann bis auf Weiteres nicht von anderen Akteuren übernommen werden, weder von anderen internationalen Organisationen noch von lokalen Akteuren. Daher wird eine internationale militärische Präsenz auf absehbare Zeit erforderlich bleiben, auch wenn deren Aufgaben nicht ausschliesslich militärischer Natur sein werden. Aufgrund dieser sehr unbefriedigenden Tatsache ist die Weiterführung der KFOR-Präsenz im sicherheitspolitischen Interesse der Schweiz.

Die Fortsetzung des militärischen Engagements der Schweiz zur Friedensförderung in Kosovo entspricht ausserdem dem wiederholt bekundeten Willen des Bundesrates, die militärische Friedensförderung quantitativ und qualitativ zu verstärken. Die militärische Friedensförderung ist in unserem Militärgesetz geregelt. Ich weise darauf hin, dass fast 10 Prozent aller Kosovarinnen und Kosovaren in der Schweiz leben. Bei ausbrechenden Konflikten ist davon auszugehen, dass die Schweiz zum ersten Zielland für Flüchtende würde.

Ich kann hier auch zurückmelden, dass die Einschätzung des Bundesrates, dass das Engagement in Kosovo bestehen bleiben soll, von einer Mehrheit der parlamentarischen Delegation aus Nationalräten und Ständeräten, die im Oktober 2016 die KFOR besuchte und sich über die Situation in Kosovo orientieren liess, unterstützt wird.

Die SiK-SR hat die Botschaft am 14. Februar 2017 beraten, dies in Anwesenheit des Chefs VBS, Bundesrat Guy Parmelin, sowie von Bruno Rösl, stellvertretender Chef Sicherheitspolitik; Korpskommandant Philippe Rebord, Chef der Armee; Oberst im Generalstab Fridolin Keller, Kommandant Swissint.

Die Schweiz beteiligt sich seit Oktober 1999 mit einem Kontingent an der KFOR. Von 1999 bis 2001 war der Einsatz unbewaffnet und lag somit in der Kompetenz des Bundesrates. Unsere erste Beteiligung mit Bewaffnung wurde mit

AB 2017 S 196 / BO 2017 E 196

einem Bundesbeschluss durch die Bundesversammlung im Jahr 2001 genehmigt. Im Dreijahresrhythmus wurde der Einsatz eines Schweizer Kontingents jeweils verlängert. Die letzte Bewilligung läuft am 31. Dezember 2017 aus. Nun stehen wir vor der Zusage für eine weitere Verlängerung für die Jahre 2018, 2019 und 2020.

Die SiK-SR ist bei ihrer Beratung ohne Gegenstimme auf den Bundesbeschluss eingetreten. Sie ist wie der Bundesrat der Ansicht, dass die militärische Präsenz der KFOR und insbesondere der Beitrag der Swisscoy fortgesetzt werden sollen, um das in Kosovo Erreichte zu festigen. Im Zentrum und im Süden des Landes hat



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Frühjahrssession 2017 • Achte Sitzung • 13.03.17 • 15h15 • 16.079
Conseil des Etats • Session de printemps 2017 • Huitième séance • 13.03.17 • 15h15 • 16.079



sich die Sicherheitslage zwar stabilisiert, doch im Norden bleibt sie sehr fragil. Wie in der Botschaft ausgeführt, begrüsst es die Kommission, dass sich das Leistungsangebot der Swisscoy künftig auf jene Aufgaben konzentriert, welche für die KFOR prioritär sind. Neben dem Lufttransport wird der Schweizer Beitrag namentlich durch die Schaffung eines weiteren Verbindungs- und Überwachungsteams hauptsächlich in den Bereichen Aufklärung und Informationsbeschaffung verstärkt.

Ein Antrag in der Kommission, die Vorlage an den Bundesrat zurückzuweisen und ihn zu beauftragen, eine Vorlage mit der Kündigung unseres Kontingents per Ende 2018 auszuarbeiten und es damit der Schweiz zu ermöglichen, sich aus Kosovo zurückzuziehen, wurde insbesondere damit begründet, dass der Einsatz mit 44 Millionen Franken pro Jahr zu teuer sei. Beanstandet wurde auch, dass dieser Beschlussentwurf eine Pseudoreduktion enthalte. Im Weiteren wurde auch die Meinung vertreten, dass die kosovarische Polizei die Sicherheit im Alltag inzwischen garantieren könne. Nicht zuletzt wurden auch die cheflastige Zusammensetzung der Truppen sowie die zu hohe Anzahl von Fahrzeugen und zwei Helikoptern kritisiert. Die Kommission lehnte aber diesen Rückweisungsantrag mit 9 zu 1 Stimmen ab.

Aus Sicht der Kommissionsmehrheit müssen wir also in Kosovo bleiben. Die Kontingentsgrösse kann bzw. muss aber nach unten angepasst werden. Darüber war sich die Kommission einig. 1999 waren über 50 000 Soldaten im Einsatz. Aktuell sind es noch 4650 Soldaten. Diese Zahl soll im Jahr 2020 auf 2600 Soldaten reduziert werden. So soll auch das Schweizer Kontingent von heute 235 Armeeangehörigen im Jahr 2018 auf 190 Armeeangehörige und Ende 2019 auf 165 Armeeangehörige reduziert werden. Der Bundesrat will damit das Schweizer Kontingent der Reduktion des Gesamtkontingentes anpassen. Er behält sich aber eine Ausnahme vor. Diese ist in Artikel 2 geregelt. Der Bundesrat kann das Schweizer Kontingent kurzfristig wie folgt verstärken: Er kann es mit 50 Personen für maximal acht Monate zur Instandhaltung verstärken, oder er kann mit 20 Personen für maximal vier Monate die Sicherung bei erhöhter Bedrohung gewährleisten.

Ich komme zu den Kosten: Die Einsatzkosten von 2015 bis 2017 betragen rund 44 Millionen Franken pro Jahr. Ab 2018 wird in der ersten Phase mit Kosten von 37,5 Millionen Franken und in der zweiten Phase mit 33,2 Millionen Franken pro Jahr gerechnet. Darin sind auch 37 Personen enthalten, die in Stans stationiert sind. Durch allfällige personelle Aufstockungen gemäss Artikel 2, den ich vorhin kurz erläutert habe, können weitere Kosten entstehen. Bei maximal acht Monaten mit maximal 50 Personen würden Kosten von 8,9 Millionen Franken, bei vier Monaten mit zirka 20 Personen würden Kosten von 1,1 Millionen Franken zusätzlich verursacht. Diese 8,9 bzw. 1,1 Millionen Franken fallen aber nur an, wenn der Bundesrat die Entsendung einer entsprechenden Verstärkung genehmigt.

Bei der Beratung der Vorlage und der einzelnen Artikel konnten alle Fragen aus der Kommission befriedigend beantwortet werden. Aus der APK-SR wurde uns mündlich Bericht erstattet; es habe wenig Kritik an der Botschaft gegeben, und die APK-SR sei von der Notwendigkeit einer weiteren Anwesenheit der KFOR in Kosovo überzeugt. Die FK-SR verzichtete auf eine Stellungnahme.

Ihre Kommission kam damit zum Schluss der Beratung und stimmte dem vorliegenden Beschlussentwurf mit 10 zu 1 Stimmen zu. Sie empfiehlt Ihnen somit, dem Bundesbeschluss ebenfalls zuzustimmen.

Hêche Claude (S, JU): Comme vient de le rappeler de manière pertinente le président de la commission, si la situation sur le plan de la sécurité s'est stabilisée au centre et dans le Sud du Kosovo, elle reste plus fragile dans le Nord du pays. Je crois qu'il n'est pas inutile de rappeler que nous entretenons des relations particulièrement étroites avec le Kosovo, et notamment avec sa population, et que ce pays a donc encore et toujours besoin de notre soutien en vue de l'instauration d'un Etat de droit et de l'accomplissement de certaines tâches étatiques. Je pense notamment à la mise en place de ses propres structures de sécurité, police et forces armées.

Ainsi, le rapporteur l'a dit, notre commission estime, comme le Conseil fédéral, que la présence militaire de la KFOR, et, partant, la contribution de la Swisscoy, peuvent certes être quelque peu réduites, mais doivent impérativement se poursuivre afin de consolider les acquis sur le terrain. Dès lors, je relève qu'il est important qu'un désengagement des forces militaires de la Swisscoy ne se décide pas du jour au lendemain, qu'un départ trop rapide et insuffisamment réfléchi pourrait remettre en cause l'ensemble de notre engagement et les bons résultats obtenus depuis le début des opérations. Il en va donc aussi de la cohérence de notre action politique.

En ce qui concerne la réduction des effectifs – de 235 militaires aujourd'hui à 165 en 2019 –, le Conseil fédéral, et j'insisterai sur ce point, doit disposer d'une certaine marge de manœuvre, qui tienne compte des décisions de la KFOR et, surtout, de l'évolution de la situation sur le terrain. De la même manière, il faut lui laisser la possibilité d'augmenter temporairement les effectifs en vue d'assurer la maintenance ou dans l'éventualité d'un retour des menaces.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Frühjahrssession 2017 • Achte Sitzung • 13.03.17 • 15h15 • 16.079
Conseil des Etats • Session de printemps 2017 • Huitième séance • 13.03.17 • 15h15 • 16.079



C'est pour ces raisons complémentaires que je vous invite, comme l'ensemble de la commission, à entrer en matière et à soutenir l'arrêté qui nous est proposé.

Minder Thomas (V, SH): Seit ich in Bern bin, höre und lese ich immer wieder dieselben bundesrätlichen Äusserungen in Sachen Swisscoy, so etwa: "In Kosovo war die allgemeine Sicherheitslage ruhig und stabil. Die Terrorbedrohung ist nicht höher als in anderen europäischen Ländern." Die Kleinkriminalität wird mit der Unfähigkeit der kosovarischen Behörden und nicht mit ethnischen Spannungen begründet.

Kosovo hat für seine sicherheitspolitischen Probleme ein eigenes, gutausgebildetes Polizeikorps von 9000 Polizisten aufgebaut. Es sorgt für einen hohen Grad an Sicherheit im Alltag. Zum Vergleich: In der Schweiz hat es doppelt so viele Polizisten, jedoch eine fast fünfmal so grosse Bevölkerung. Die aktuellen sicherheitsrelevanten Aufgaben werden in Kosovo durch die lokale Polizei mehr als genügend abgedeckt: Es braucht keine Swisscoy mehr vor Ort.

Ich habe in der Sicherheitspolitischen Kommission beantragt – Sie haben es gehört –, die Swisscoy habe Kosovo innert zwei Jahren zu verlassen. Dies wurde abgelehnt. Womöglich werden die Schweizer dereinst die letzte Kompanie sein, welche die KFOR verlässt – womöglich putzen wir noch die Container und löschen die Lichter!

Auch mit der jetzigen Botschaft ist der Exit noch immer nicht geplant und terminiert. Die KFOR-Bestände sind mittlerweile auf unter 10 Prozent des anfänglichen Bestandes von damals 50 000 Soldaten reduziert worden. Auch der Bestand der Eulex, welche gegründet wurde, um die Rechtsstaatlichkeit in Kosovo aufrechtzuerhalten, wird auf 800 Personen halbiert. Was der Bundesrat nun plant, ist eine Pseudoreduktion: Er schlägt uns eine kleine, eine minime Reduktion der Truppenanzahl vor. Im selben Atemzug lässt er sich in Artikel 2 eine Hintertür offen, den Bestand kurzfristig selber wieder verstärken zu können – eine sonderbare Vorlage, ohne Vision!

Herr Bundesrat, in anderen Dossiers haben Sie mutig entschieden. Hier aber fehlt Ihnen der Mut, Kosovo endlich zu verlassen. Die Kosten von 44 Millionen Franken für die bewilligten 235 Personen vor Ort und die 37 Personen in Stans im rückwärtigen Bereich stehen in keinem Verhältnis zur Gefahrenlage und insbesondere zur ursprünglichen Uno-Resolution 1244, zum Uno-Mandat vor 18 Jahren. Jene Resolution verfolgte zwei Hauptziele, erstens die Schaffung und den Erhalt eines sicheren und stabilen Umfelds in Kosovo

AB 2017 S 197 / BO 2017 E 197

und zweitens die Anwendung und Überwachung des Rückzugs der serbischen Kräfte aus Kosovo. Für mich ist das schon eigenartig, bekämpfte doch die linke Ratshälfte die militärischen Ausgaben und das Budget vehement. Hier aber scheinen 44 Millionen Franken jährlich, und das seit 17 Jahren, keine Rolle zu spielen.

Wenn wir schon über die hohen Kosten sprechen, so möchte ich Sie ebenfalls daran erinnern, dass auch die Deza ein gewaltiges jährliches Engagement in Kosovo hat. Das finanzielle Schweizer Engagement in Kosovo ist also gewaltig. Beide Uno-Ziele sind längst erfüllt. Wie soll die Republik Kosovo mit ihrer erwähnten grossen und gutausgebildeten Polizeitruppe endlich auf eigenen Beinen stehen, wenn die KFOR-Truppen den lokalen Behörden fast jeden Wunsch erfüllen? Nochmals: Wir sprechen hier von 44 Millionen Steuerfranken jährlich. Paradebeispiel ist der total überdimensionierte, 180 Stück umfassende Fahrzeug- und Gerätelpark plus 2 Super Puma für gerade einmal 224 Schweizer Truppenangehörige vor Ort.

Für eine 200-köpfige Truppe genügt ein Kommandant, Herr Bundesrat, im Grade eines Hauptmanns oder im Grade eines Majors. Unsere Swisscoy-Truppe ist jedoch sehr stark "übergradiert" und somit viel zu teuer. Zudem sind die Truppen bewaffnet, Sie haben es gehört. Die Hauptaufgabe der Swisscoy ist es aber, Informationen bei den lokalen Bevölkerungen einzuholen, quasi die Temperatur zu fühlen. Für diese sensible Aufgabe ist die Waffe geradezu fehl am Platz. Das Bild des Waffenträgers widerspricht dem Image, welches man in der lokalen Bevölkerung abgeben möchte. Weder der individuelle Auftrag der Soldaten noch die aktuelle sicherheitspolitische Lage rechtfertigen die Bewaffnung. Nach 17 Jahren in Kosovo ist es endlich an der Zeit, unsere Truppen geordnet zurückzuziehen.

Zum Schluss möchte ich Ihnen, Herr Bundesrat, eine ganz wichtige Überlegung, jene eines Unternehmers, für eine Neubeurteilung mit auf den Weg geben: Glauben Sie wirklich, Firmen würden gerne und hohe Summen in Länder investieren, welche gegen aussen den Eindruck einer unstabilen sicherheitspolitischen Lage vermitteln? Die Anwesenheit der KFOR vermittelt nach aussen den Eindruck einer sicherheitspolitischen Unstabilität. Wären die KFOR und somit die Swisscoy nicht mehr vor Ort, würde man das Land endlich in seine Selbstständigkeit überführen. Institutionelle Investoren schauen sehr wohl auf solche Gegebenheiten. Die KFOR könnte noch immer für den Fall "wenn" ausserhalb Kosovos eine sehr schnelle, flexible und kleine Einsatzreserve stationieren. Die Probleme in Kosovo sind nicht sicherheits-, sondern wirtschaftspolitischer Natur. Jährlich



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Frühjahrssession 2017 • Achte Sitzung • 13.03.17 • 15h15 • 16.079
Conseil des Etats • Session de printemps 2017 • Huitième séance • 13.03.17 • 15h15 • 16.079



verlassen rund 50 000 Bürger das Land, ein regelrechter Exodus. Warum? Weil die wirtschaftspolitischen Gegebenheiten, die Arbeitsbedingungen und die Aussichten nicht rosig sind. Es wäre ein starkes Signal an die investitionswilligen weltweiten Unternehmen, in Kosovo tätig zu werden. Solange jedoch eine multinationale Sicherheitsorganisation wie die KFOR im Land tätig ist, vermitteln wir einen Eindruck des puren Gegenteils. Ich lehne diese Vorlage aus diesen Überlegungen ab.

Wicki Hans (RL, NW): Mit dem Einsatz in Kosovo leistet unser Land einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung dieser Region. Auch wenn man über Auslandeinsätze der Armee durchaus geteilter Meinung sein kann, muss doch anerkannt werden, was unsere Armeeangehörigen für die Menschen vor Ort vollbringen. Nicht zuletzt liegt dieser Einsatz auch im objektiven Interesse unserer Eidgenossenschaft, denn bei allfälligen Unruhen und Spannungen würde der Druck bei uns zunehmen. Der Kommissionssprecher hat Ihnen bereits gesagt und darauf hingewiesen: Zurzeit lebt ein beachtlicher Teil der Kosovarinnen und Kosovaren in der Schweiz; man spricht von 10 Prozent, weshalb bereits aufgrund dieses Umstandes zwischen den beiden Ländern ein starker persönlicher Zusammenhang besteht.

Als Vertreter des Kantons Nidwalden möchte ich kurz auf die Frage der Reduzierung des Bestandes eingehen. Bekanntlich befindet sich bei uns das Kompetenzzentrum Swissint, wo die Personalgewinnung und die Personalausbildung für die Schweizer Auslandstruppen erfolgen. Meines Erachtens ist die Reduzierung und Verlagerung der Aufgabengebiete innerhalb des Bestandes nachvollziehbar, und dies ist keine Pseudoreorganisation, sondern ein guter Schritt in die richtige Richtung. Seien wir doch froh, Kollege Minder, dass wir keine Truppenbestände mehr brauchen wie zu Anfangszeiten der Mission! Nehmen wir die kompetenten Aussagen der verantwortlichen Personen zur Kenntnis, und respektieren wir sie eben auch. Die Anpassung an die veränderten Bedingungen in Kosovo bringt auch eine Änderung der Aufgabengebiete mit sich; wir wurden darüber informiert. Insbesondere die zusätzliche Ausbildung von Einheiten in der Informations- und Nachrichtenbeschaffung erscheint mir dabei äusserst sinnvoll, umso mehr, als diese Bereiche nicht nur im Hinblick auf die konkreten Einsätze von Nutzen sind, sondern generell für die Tätigkeit unseres Militärs im Ausland. Ich mache Ihnen daher beliebt, der Empfehlung der Kommission zu folgen und dem Antrag des Bundesrates auf Verlängerung des Swisscoy-Einsatzes zuzustimmen.

Savary Géraldine (S, VD): Mon intervention sera très brève. Monsieur Minder, ici comme en commission d'ailleurs, a exprimé l'opinion selon laquelle la police du Kosovo suffisait à maintenir la sécurité dans ce pays. J'aurais pu imaginer les choses de la même manière que vous, Monsieur Minder, mais nous nous rendons compte, c'est pour le moins mon cas, que la situation dans ce pays est en réalité bien pire que ce qu'on pouvait imaginer. On ne constate pas de progrès actuellement, mais plutôt une stabilisation, voire une détérioration de la situation.

Plusieurs facteurs expliquent cette évolution. Aujourd'hui, on remarque une "repolitisation" du Kosovo, y compris par des pays étrangers. Ainsi, je rappelle que la Macédoine se trouve dans une situation d'embrasement potentiel. Je rappelle également que des pays comme la Turquie ou l'Arabie saoudite investissent au Kosovo dans la construction de mosquées ou de minarets; or, ces mosquées ou ces minarets sont considérés par la population du Nord du Kosovo comme de véritables signes d'hostilité. Dans le Nord du Kosovo, la réponse à ces nouveaux monuments religieux est la construction d'un mur. Bref, la situation n'est pas en voie de stabilisation, mais plutôt en voie de fragilisation progressive.

Vous êtes, Monsieur Minder, attaché au respect de la Constitution fédérale – c'est votre qualité –, puisque vous avez même été à l'origine d'une initiative populaire qui a débouché sur une modification de la Constitution. Or, la Constitution accorde à l'armée la mission d'assurer la promotion de la paix à l'étranger. Au Kosovo, la Swisscoy assure une des seules missions de ce type.

Enfin, j'aimerais aussi vous dire que les pays voisins qui se sont investis au Kosovo, comme l'Allemagne, par exemple, se désengagent progressivement, non pas parce qu'ils considèrent que la situation au Kosovo est bonne, mais plutôt parce que d'autres missions, par exemple au Mali, leur prennent beaucoup de temps, d'argent et de personnel. Notre responsabilité est donc encore plus forte, notre compétence plus importante et la nécessité de cette mission plus évidente aujourd'hui qu'auparavant.

Pour terminer, je pense, comme cela a été dit, que la formation que ces jeunes suivent à Stans est vraiment passionnante, que les six mois qu'ils passent au Kosovo représentent une expérience très formatrice. Nous avons ensuite des personnes qui ont acquis un certain nombre de compétences. Ces engagements au Kosovo nous apportent donc un retour sur investissement.

Dittli Josef (RL, UR): Wir waren letzten Herbst ja mit einer Delegation der SiK beider Räte für drei Tage in Kosovo, um uns vor der Beratung dieses Geschäfts ein Bild von der Situation vor Ort machen zu können.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Frühjahrssession 2017 • Achte Sitzung • 13.03.17 • 15h15 • 16.079
Conseil des Etats • Session de printemps 2017 • Huitième séance • 13.03.17 • 15h15 • 16.079



Ich möchte Ihnen doch ganz kurz meine Wahrnehmung in diesen Tagen schildern und meine persönliche Einschätzung abgeben.

Ich durfte mit Erleichterung feststellen, dass sich die Situation im Süden von Kosovo gut stabilisiert hat. In Prizren fühlte ich mich eigentlich wie in jeder anderen europäischen Kleinstadt. Jedenfalls hatte ich den Eindruck, dass die Leute dort wieder einigermaßen miteinander auskommen und mit der Kosovo

AB 2017 S 198 / BO 2017 E 198

Police selber in der Lage sind, die Sicherheit aufrechtzuerhalten, und dass ein geordnetes Zusammenleben wieder möglich ist. Im Zentrum, um Pristina herum, war dies schon etwas weniger der Fall. Zwar herrschte auch dort relative Ruhe. Ich erhielt aber den Eindruck, dass es wohl nicht viel braucht, bis da wieder etwas passiert. Im Norden hingegen, um Mitrovica herum, spürte man auf Schritt und Tritt, dass sich die Situation dort noch nicht wirklich beruhigt hat, dass die Kosovo Police zu wenig Akzeptanz hat und kaum stabilisierende Wirkung erzeugt. Es zeigte sich ganz klar, dass dort nach wie vor KFOR-Truppen notwendig sind, um die Sicherheit gewährleisten und bei Scharmützeln eingreifen zu können. Wäre die KFOR nicht vor Ort, würde es wohl rasch wieder vermehrt Eskalationen und Zwischenfälle geben. Im Norden, im Grenzgebiet zu den Nachbarländern, ist noch vieles nicht gut.

Die KFOR hat viel erreicht. Bis auf den Norden konnte das Land weitgehend stabilisiert werden. Vor diesem Hintergrund kann ich es nachvollziehen, weshalb der Bestand der KFOR in den letzten Jahren von ursprünglich 50 000 Soldaten auf nun etwa 5000 Soldaten heruntergefahren wurde. Damit wurde der Tatsache Rechnung getragen, dass sich die Situation deutlich verbessert hat. Doch für eine Beendigung der KFOR-Mission ist es noch zu früh.

Man muss nun den Schweizer Beitrag im Rahmen der KFOR-Mission sehen: Es sind vor allem logistische und unterstützende Aufgaben, die die Schweizer Truppen im Rahmen der KFOR-Mission wahrnehmen, in den Bereichen Medical Service, Transporte, Übermittlung, Entminierung usw. Die Schweiz hat zugunsten der KFOR eigentlich immer eine Art Basisaufgabe wahrgenommen, mit Aufgaben, deren Ausübung nach wie vor gefragt ist.

Ich habe auch den Eindruck gewonnen, dass das meiste, was das Schweizer Kontingent da leistet, nach wie vor gefragt ist, dass aber aufgrund der doch deutlichen Reduktion des Bestands der KFOR durchaus der Zeitpunkt gekommen ist, das Schweizer Kontingent spürbar zu verkleinern. Das tut der Bundesrat ja auch mit dieser Vorlage. Ich habe nebenbei auch festgestellt, dass die Swisscoy im Rahmen der KFOR einen guten Job macht, dass Soldaten und Kader motiviert, verlässlich und kompetent sind.

Der Bundesrat hat uns nun eine Vorlage unterbreitet, die der Lage und der Bedrohungssituation gerecht wird. Er trägt mit der vorgesehenen Reduktion um fast 30 Prozent des Kontingents der Entwicklung Rechnung. Ich finde es auch gut, dass mit der Vorlage eine gewisse Flexibilität verbunden ist, die es ermöglicht, auf unvorhersehbare Situationen reagieren zu können.

Ich werde dieser Vorlage mit gutem Gewissen zustimmen.

Baumann Isidor (C, UR), für die Kommission: Ich möchte hier festhalten, dass selbstverständlich die andere Einschätzung von Kollega Minder respektiert wurde. Seine Bemerkungen wurden auch in der Kommission vorgetragen, und die Kommission hat seine Überlegungen ernst genommen und entsprechend eine Diskussion geführt.

Zum Punkt der Kosten: Die Kosten von 44 Millionen Franken enthalten, wie es schon bei der Berichterstattung erwähnt wurde, die Kosten für den Einsatz der Swisscoy vor Ort in Kosovo sowie für die Stationierung der Swisscoy-Ausbildung in Stans. Ich habe es gesagt, es ist ein Ziel der schweizerischen Friedenspolitik, des Bundesrates insbesondere, dass man Leute für Hilfeleistung, somit für solche Missionen, zur Verfügung stellen will. Der Bund hatte zum Ziel, etwa 500 bis 600 Personen für solche Einsätze zur Verfügung zu stellen. Heute sind wir bei etwa 300 Personen. Damit lassen sich diese Kosten rechtfertigen.

Bezüglich der Aussage zur personellen Zusammensetzung, dass es zu viele Kaderpersonen habe, gilt es hier zu bemerken, dass es nicht Sache der Kommission und nicht Sache des Parlamentes ist, die Zusammensetzung einer solchen Delegation zu bestimmen.

Dann noch eine Präzisierung zur Aussage zu den 190 Fahrzeugen: Hierzu wurde uns erklärt, dass es nicht um 190 Fahrzeuge gehe, sondern um 190 Fahrzeuge und Geräte. In dieser Zahl 190, so die Aussage der zuständigen Person, seien auch die Notstromaggregate enthalten.

Die Überlegungen des Bundesrates, inwieweit sich die Kosovo Police der Aufgaben annehmen könnte, kann man in der Botschaft auf Seite 8644 nachlesen. Kosovo hat ein Polizeikorps aufgebaut, das für einen hohen Grad an Sicherheit im Alltag sorgt. Dabei hat es vor allem auch die Aufgabe, die Kleinkriminalität zu bekämpfen.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Frühjahrssession 2017 • Achte Sitzung • 13.03.17 • 15h15 • 16.079
Conseil des Etats • Session de printemps 2017 • Huitième séance • 13.03.17 • 15h15 • 16.079



Das kann die Kosovo Police bestens machen. Sie ist auch im Ordnungsdienst ausreichend ausgebildet und nimmt diese Aufgaben wahr. Sie hat aber nicht das entsprechende Kontingent an Personal, um auch die Aufgaben der KFOR übernehmen zu können.

Die Kommission ist selbstverständlich den Einschätzungen von Kommissionskollege Minder nachgegangen, ist aber aus all den von mir genannten Überlegungen zu einem anderen Schluss gekommen und hat somit auch, wie ich bereits bei meinen Ausführungen zum Kommissionsantrag formuliert habe, dem entsprechenden Antrag des Bundesrates mit 10 zu 1 Stimmen – also mit einer ganz anderen Einschätzung als Kollege Minder – zugestimmt.

Parmelin Guy, conseiller fédéral: Tout d'abord, je vais évoquer quelques points importants sur la situation dans les Balkans. Depuis que je suis revenu de la Conférence sur la sécurité de Munich, certaines choses se sont confirmées.

Je crois, Monsieur Minder, que le Conseil fédéral, dans cette affaire, fait simplement une appréciation factuelle, je dirai même une froide appréciation, de la situation, telle qu'elle est sur place, et qu'il prend les décisions qu'il doit prendre, dans l'intérêt général, dans l'intérêt de la sécurité à long terme de notre pays, par rapport à ce qui se passe sur place. Qu'en est-il finalement? La Suisse est engagée dans deux missions, celle de l'Union européenne, EUFOR, en Bosnie-Herzégovine, et celle de la KFOR, au Kosovo. Ce sont des missions extrêmement importantes pour la stabilité de cette région, une stabilité qui reste extrêmement fragile. Cela a été confirmé dernièrement par différents signes, un regain de tensions, qui n'étaient pas aussi visibles – bien qu'il y ait eu dans le passé des moments de fortes tensions – lorsque le Conseil fédéral a préparé son message.

Ce qu'il faut savoir, c'est que la KFOR dispose, avec ces fameux "Liaison and Monitoring Teams", d'un organe d'information étendu, dont aucune organisation civile sur place ne pourrait reprendre le rôle. C'est un rôle essentiel. Quand je me suis rendu sur place, l'année passée, pour me faire personnellement une idée, j'ai discuté avec énormément de personnes, y compris avec le général Miglietta, qui commandait alors la KFOR. Il a insisté précisément sur ce point: les personnes que la Suisse envoie sur place pour participer à ces "Liaison and Monitoring Teams" sont la force de la KFOR.

Le Nord du Kosovo, je crois que chacun a pu le remarquer, n'est de loin pas stabilisé. D'une manière générale, la stabilité régionale reste fragile.

J'ai eu l'occasion d'évoquer ces aspects avec mon homologue autrichien et mon homologue allemande lors de la conférence de Munich sur la sécurité. Ces derniers partagent l'appréciation selon laquelle il faut maintenir une présence au Kosovo. Madame Savary évoquait la question de la Macédoine; c'est aussi une bombe à retardement, qui peut avoir des conséquences au Kosovo. Dans tous les cas, l'Autriche a décidé de maintenir ses troupes sur place tandis que certains pays envisagent même de renforcer leur présence, voire de revenir sur place, ainsi que mon homologue britannique me l'a laissé entendre.

Je crois que le Conseil fédéral – je l'ai dit – a fait une appréciation de la situation en fonction de laquelle il a adapté son dispositif. Vous ne pouvez dès lors pas dire, Monsieur Minder, qu'il s'agit d'une pseudo-réduction des effectifs de la Swisscoy alors que c'est la première fois qu'il y a une réduction. On peut faire dire ce que l'on veut aux chiffres, mais lorsque l'effectif doit passer de 235 à 165 personnes – à terme –, on ne peut tout de même pas dire qu'il s'agit d'une pseudo-réduction, même si tout le monde dans cette salle – moi, le premier – aurait bien aimé pouvoir venir annoncer au Parlement que tout s'était stabilisé et que nous pouvions nous

AB 2017 S 199 / BO 2017 E 199

retirer et nous consacrer à autre chose. Il faut aussi que notre pays, le cas échéant – et c'est ici clairement le cas – montre qu'il est déterminé à maintenir la stabilité dans cette région en apportant sa pierre à l'édifice.

La KFOR a envisagé de réduire encore son dispositif, mais il faut savoir que, d'après les dernières informations, cette réflexion a été suspendue. Toutefois, même si cela devait être le cas, la réduction que nous avons annoncée et expliquée clairement aux autres pays engagés sur place leur permet, d'une part, de planifier en conséquence et, d'autre part, de savoir quelles composantes de nos contingents resteront sur place – ces fameux "Liaison and Monitoring Teams". Nous avons annoncé une diminution des prestations dans les domaines du génie et des transports lourds, ce qui permet aussi bien à nos partenaires qu'à nous-mêmes d'envisager notre planification de la meilleure des manières.

On ne peut pas – je rejoins Monsieur Minder sur ce point – simplement dire que, tous les trois ans, sans analyse, on renouvelle automatiquement la participation de la Suisse à la KFOR sans apprécier la situation. Ce n'est pas ce que le Conseil fédéral a fait. Il y a d'ailleurs eu de nombreuses interventions parlementaires qui nous ont chargés soit de fixer un calendrier de retrait, soit d'envisager qu'à partir de 2020 l'engagement de



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Frühjahrssession 2017 • Achte Sitzung • 13.03.17 • 15h15 • 16.079
Conseil des Etats • Session de printemps 2017 • Huitième séance • 13.03.17 • 15h15 • 16.079



la Suisse serait terminé. Nous répondrons à ces interventions. Le projet qui vous est soumis est équilibré, tient compte de divers paramètres, préserve nos intérêts à long terme, montre que notre pays assume certaines responsabilités et que l'engagement sous cette forme réduite est approprié.

Je ne reviens pas sur les chiffres, Monsieur Baumann, président de la commission, les ayant exposés de façon très précise.

J'ajoute encore un point avant de terminer et de vous demander d'entrer en matière. Vous le savez, des réflexions seront lancées en collaboration avec le Département fédéral des affaires étrangères, d'ici à la fin de 2018, car nous devrons fournir un rapport au Conseil fédéral pour présenter une nouvelle analyse, qui déterminera s'il est possible de transférer des tâches dans le domaine civil ou quels moyens militaires pourraient être remplacés, le cas échéant, par des moyens civils. Aujourd'hui, je dois vous avouer que je ne vois pas très bien comment réaliser ce transfert et que je ne suis pas très optimiste quant à cette possibilité, mais la situation peut évoluer, ce que chacun souhaite dans cette salle.

Je vous invite, pour l'instant, à entrer en matière et à approuver le projet, tel qu'il vous est présenté.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

Bundesbeschluss über die Verlängerung der Schweizer Beteiligung an der multinationalen Kosovo Force (KFOR) **Arrêté fédéral concernant la prolongation de la participation suisse à la Kosovo Force multinationale (KFOR)**

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1–5

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1–5

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
(namentlich – nominatif; 16.079/1909)
Für Annahme des Entwurfs ... 33 Stimmen
Dagegen ... 4 Stimmen
(2 Enthaltungen)